

LEITARTIKEL



Martin Gebhart über den Kampf um den zweiten Platz hinter der Landes-ÖVP.

Die große Herausforderung für Niederösterreichs SPÖ

Bei einigen SPÖ-Funktionären im Land hat das Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahl doch einen kleinen Schock ausgelöst. Die einstige Bürgermeisterpartei SPÖ nur noch an fünfter Stelle und nicht mehr im Stadtsenat der steirischen Landeshauptstadt. Wenn das nicht – trotz Christian Kern als neuen Bundeskanzler – ein schlechtes Omen für die Landtagswahl 2018 in Niederösterreich sein kann. Immerhin gibt es bereits Umfragen – eine davon aus dem Dezember –, die die SPÖ hinter der FPÖ an dritter Stelle einreihen.

SPÖ-Landesvorsitzender Matthias Stadler, mit absoluter Mehrheit regierender Bürgermeister der Landeshauptstadt St. Pölten, lässt sich derzeit von all dem nicht beeindrucken. Er ist von seinem Weg überzeugt, auch wenn die Umstrukturierungen bzw. Zusammenlegungen der Bezirksparteien mancherorts intern sehr, sehr skeptisch gesehen werden. Auch wenn die Diskussion um den Spitzenkandidaten der SPÖ für die Landtagswahl für Spannungen sorgt. Er will von seinem Zeitplan nicht abweichen und erst nach der Kür von Johanna Mikl-Leitner jene Person präsentieren, die an der Spitze der Kandidatenliste stehen wird. Und er wehrt noch immer standhaft ab, wenn ihn Funktionäre aus den eigenen Reihen gerne als besagten Spitzenkandidaten sehen würden.

Aber bei aller Zuversicht: Stadler steht im Hinblick auf die Wahl schon vor einer besonders großen Herausforderung oder gar vor einem Dilemma. Wen soll seine Partei als Gegner sehen: die ÖVP nach der Ära von Landeshauptmann Erwin Pröll oder die FPÖ, die der SPÖ den zweiten Platz im Land streitig machen will? Gegen die sich Stadler immer wieder deutlich abgegrenzt hat, zuletzt durch die explizite Wahlempfehlung für Alexander Van der Bellen.

Sicher ist, dass selten zuvor so viel freies Wählerpotenzial auf dem Tisch gelegen ist, wie das im kommenden Jahr der Fall sein wird. Zum Beispiel die rund 9,5 Prozent des Teams Stronach oder die vielen Vorzugsstimmen für Erwin Pröll, die nicht gleichzeitig ÖVP-Stimmen waren. In diesem Teich kann praktisch jede Partei fischen, wenn sie das richtige Angebot hat. Personell und inhaltlich. Und – was in einem Flächenland wie Niederösterreich besonders entscheidend ist – wenn der Parteiapparat funktioniert. Andernfalls kann man in dem Teich auch untergehen.

m.gebhart@noen.at

Wirbel wegen

Flughafen | Bundesverwaltungsgericht untersagt dritte Piste.

Von **Martin Gebhart** und **Gerald Burggraf**

Unzählige Arbeitsstunden waren in den vergangenen 15 Jahren in Gespräche der Flughafen-Vertretung mit Anrainergemeinden, NGOs, Interessensgruppen, der Bevölkerung etc. geflossen, um das Projekt einer dritten Flughafenpiste möglichst gut und harmonisch vorzubereiten. Das alles hat das Bundesverwaltungsgericht nun Makulatur werden lassen. In der Vorwoche wurde das Erkenntnis des Richters Thomas Büchele und seiner Beisitzer Werner Andrä und Christian Baumgartner öffentlich, das die Errichtung der dritten Piste untersagt. Erstmals mit Hinweis auf den Klimaschutz.

Während die Grünen, die Wiener FPÖ und Organisationen wie der WWF oder der VCÖ dieses Erkenntnis



Flughafen-Vorstand Günther Ofner: Rechtsmittel gegen das Urteil. Foto: NLK

begrüßen, reagieren ÖVP und SPÖ genauso wie Wirtschafts- und Arbeitnehmervertreter mit Unverständnis, teilweise auch mit Ärger und Protest. Thomas Faulhuber, Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrates am Flughafen, kämpferisch: „Wir werden nicht zulassen, dass unsere Arbeitsplätze nach Bratislava oder München exportiert werden. Das wäre ein Diebstahl Zehntausender Arbeitsplätze.“ Die Betriebsräte haben deswegen Protestaktionen angekündigt.

Für Flughafen-Vorstand Günther Ofner ist das Ur-

teil völlig unverständlich: „Ich halte es für besorgniserregend, wenn Zehntausende Arbeitsplätze verhindert oder gar vernichtet werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat zudem selbst festgehalten, dass die Kapazitätsgrenzen des Flughafens Wien-Schwechat im Jahr 2025 erreicht sind. Dann wird die Ostregion von der modernen Welt abgeschnitten sein. Es wird damit keine positive Entwicklung im Tourismus oder bei der Ansiedlung von Firmen in Österreich möglich sein. Beides hängt aber direkt mit dem Wirtschaftsstandort Österreich zusammen. Ich weiß nicht, wie es dann in diesem Land weitergehen soll.“

Ein Detail aus dem Erkenntnis, das ihn besonders ärgert: Der Hinweis auf die Ackerfläche, die vernichtet werde. Ofner: „Bei den Entscheidungsgründen

GEGEN DEN STRICH



„Pisten-Urteil“

Sorge um Standort.

kam es zur Argumentation für die Erhaltung wertvollen Ackerlandes zur Nahrungsmittelversorgung. Als ob 600 Hektar Ackerland dazu führen, dass unsere Kindeskiner verhungern werden.“

Gegen das Urteil können nur außerordentliche Rechtsmittel erhoben werden. Und das wird das Flugmanagement auch tun. Höchstwahrscheinlich mit einer Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof und einer außerordentlichen Revision an den Verwaltungsgerichtshof. Man argumentiert, dass dem Erkenntnis kein einziges negatives Gutachten zugrunde liege, die Abweisung mit rechtlichen Erwägungen erfolgt sei, die von der bisherigen Rechtsprechung abweichen. Wobei es laut Ofner bei diesem Schritt nicht nur um den Flughafen gehe: „Man muss schon festhalten, dass man mit dem Entscheid dem Flughafen nichts Schlechtes tut, dieser funktioniert auch so. Die Folgen tragen jedoch die Bevölkerung und die Arbeitsuchenden sowie der Standort Österreich, der ruiniert wird. Wir leben immerhin vom Tourismus und Export.“



Der Flughafen Wien-Schwechat: Bis 2025 sind die Kapazitäten der derzeitigen beiden Pisten erschöpft.
Foto: APA

Aus dem Beschluss

Passagen aus dem Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichts zum Projekt „Dritte Piste“:

○ Für die 3. Piste:

„Es ist durch den gelungenen Nachweis, dass beim Flughafen Wien ein Bedarf vorliegt, vom Vorliegen eines öffentlichen Interesses auszugehen.“

„Durch den Bau der dritten Piste kommt es zu einer Erhöhung der Flugsicherheit.“

„Das Beweisverfahren hat ergeben, dass es im Bereich Pflanzen und Tiere zu keinen unmittelbaren Beeinträchtigungen kommt. Das Vorhaben steht dem Bereich Schutz von Pflanzen und Tieren nicht entgegen.“

○ Gegen die 3. Piste:

„Da durch den Klimawandel mit schweren gesundheitlichen Schäden samt einer Zunahme an hitzebedingten Todesfällen sowie mit schweren Beeinträchtigungen der österreichischen Wirtschaft und Landwirtschaft zu rechnen ist, und es durch das Vorhaben zu einem markanten Anstieg an THG-Emissionen (Treibhausgas) kommen wird, muss das öffentliche Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens hinter das öffentliche Interesse am Schutz vor negativen Folgen des Klimawandels und der Bodeninanspruchnahme zurücktreten.“

Reaktionen aus Niederösterreich



Sonja Zwanzl, Präsidentin der NÖ Wirtschaftskammer: „Die Verkehrsinfrastruktur ist eine absolute Lebensader

für Niederösterreichs Wirtschaft, in der Luft ebenso wie zu Lande und auf dem Wasser. Die dritte Piste ist als Drehscheibe für den Export, aber auch den heimischen Tourismus ein absolutes Muss. Der Flughafen Schwechat kann mit den jetzigen Kapazitäten künftig nicht das Auslangen finden. Die Entscheidung gegen die dritte Piste ist damit auch eine Entscheidung, die negativ für den Standort und damit in der Folge für den Arbeitsmarkt ist.“



Petra Bohuslav, NÖ Wirtschaftslandesrätin (ÖVP): „Der Flughafen ist ein wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor

für Niederösterreich. Rund 20.000 Menschen sind in mehr als 230 Firmen – Flughafen, Airlines, Speditionen, Handelsbetriebe und viele mehr – beschäftigt. Außerdem hat er eine große Bedeutung als Verkehrsdrehscheibe für den Standort Niederösterreich. Die Flughafen Wien-AG hat angekündigt, gegen den Bescheid rechtlich vorzugehen. Daher bleibt abzuwarten, ob es tatsächlich zu einem Aus für das Projekt 3. Piste kommt.“



Wolfgang Sobotka, Landesobmann des NÖAAB: „Eine völlig unverständliche Entscheidung gefährdet gerade in

einer Zeit, wo eine halbe Million Menschen in Österreich arbeitslos sind, Tausende Jobs. Der Flughafen ist der Jobmotor in der Ostregion, rund 75.000 Menschen in Österreich verdanken ihren Job direkt oder indirekt dem Flughafen. Wenn der Flughafen kein Wachstumspotenzial mehr hat, gibt es auch keinen Wachstumsimpuls für die Ostregion mehr. Aus dem Jobmotor Flughafen wird dann eine stotternde Maschine, die kaum mehr abheben kann.“



Gerhard Razborcan, SPÖ-Verkehrssprecher in Niederösterreich: „Die Argumentationslinie einer zusätzlichen

CO2-Belastung stellt ein Totschlagargument für viele zukünftige Verkehrsinnovationen dar. Klimaschutz im Flugverkehr erreicht man allerdings nicht mit der Verhinderung besserer Infrastruktur am Boden, sondern mit Regelungen, die den Luftverkehr oder die Flugzeuge beeinflussen. Die Flieger landen halt dann in unseren Nachbarländern, die Treibhausgasemissionen werden sich aber von Landesgrenzen nicht abhalten lassen.“